

# Sächsische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Verkauft täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Ausgabe A mit „Die Zeit im Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 Mk. In Dresden durch Boten 2,40 Mk. In ganz Deutschland frei Haus 2,50 Mk.; in Oesterreich 4,40 Mk.  
Ausgabe B ohne Illustrirte Beilage vierteljährlich 1,90 Mk. In Dresden durch Boten 2,10 Mk. In ganz Deutschland frei Haus 2,20 Mk.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 Pf.

Inserate werden die gewöhnliche Zeitspaltweite oder deren Raum mit 15 Pf. Reklamen mit 50 Pf. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechendes Rabatt.  
Nachdruckverl., Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Bübner Straße 43. — Fernsprecher 1306  
Für Adressänderungen, Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Redaktionssprechstunden: 11 bis 12 Uhr.

**Für das 4. Quartal 1911**

abonniert man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Fleckenblatt“ zum Preise von 1,80 Mk. (ohne Postgebühren), durch den Boten ins Haus 2,10 Mk. Der Bezugspreis auf die Ausgabe A mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Zeit im Wort und Bild“ erhöht sich monatlich um 10 Pfennig.

### „Fortschritte im kirchlichen Leben“?

Dresden, den 22. September 1911.

Die Schaustellungen, die der Protestantismus in letzter Zeit der Welt gegeben, sind nicht erbauend. Verwirrung und Verwirrung, Zersplitterung und Zerlegung! Einst räumte man mit dem Lutherischen, jetzt mit dem Christlichen auf, „und niemand erschrickt darüber.“ Es geht reichend bergab. Wer will halten und warnen? Den Orthodoxen erstirbt, wenn sie ehrlich sind, das Wort auf den Lippen. „Freiheit“ ist auch ihr Grundgesetz.

Das ist das Tragische und Verhängnisvolle: Die Nachkommen der Reformatoren gehen zugrunde durch Gehorsam, nicht durch Ungehorsam. Auch die katholische Kirche hat Gefallene, Verirrte und Verlorene — durch Ungehorsam, nicht durch Gehorsam. Ihre Hände sind rein vom Blute ihrer Kinder. „Wenn man sich drüben entschließt, den individualistischen Prinzipien Valet zu sagen — aber wer denkt daran! „Noch mehr Freiheit, noch mehr Individualität!“ lautet die Losung. — Adler rufen sie, Geier werden kommen!

In einem Artikel der „Leipz. R. Nachr.“ (Nr. 258, S. 14): „Fortschritte im kirchlichen Leben“ heißt es:

... Und dennoch, trotz aller Rücksälle und Irrtümer hat sich der evangelisch-kirchliche Gedanke immer festhafter betätigt. ... Das kirchliche, darauf kommt schließlich fast alles an, muß eine würdige und wohlwogene Stellung zur Zeitkultur zu finden und zu behaupten wissen. Es ist bezeichnend, daß gerade einer unserer bedeutendsten Kirchenhistoriker, Karl Sell, die moderne Kultur als einen Inbegriff von Grundfragen und Methoden intellektueller, technischer, sittlicher Arbeit und Weltbehandlung charakterisiert, der an sich ganz gut vereinbar sei mit jeder Form christlicher Weltanschauung, wenn diese sich auf ihr eigenes Gebiet beschränkt.

Das ist kein „Fels“ mehr. Auf Wellen, Meinungen und Stimmungen wird gebaut und vertraut. Dem Zeitgeist werden Schmiedeleien gesagt, Verbeugungen und Komplimente gemacht, wenn man's gleich nicht eingestehen will. Vergessen ist die große Wahrheit, daß Religion die höchste Kultur ist. Und das nennt sich „Fortschritt“!

Wenn wir heute an leitender Stelle aussprechen, was wir fühlen, so hat uns die Rede des Herrn Kultusministers Dr. Beck dazu veranlaßt, die er gestern bei Eröffnung der Landessynode sprach. Das waren mutige Worte eines gläubigen Mannes, in denen ernste Mahnungen an die versammelten Synodalen enthalten sind. Der Herr Minister verschließt die Augen nicht vor der Gefahr, in der das positive Christentum in der Landeskirche schwebt. Der Minister sprach:

„Neue Theorien suchen sich durchzusetzen, die den festen Boden des Christentums zu erschüttern trachten und unserem Volke die bisherigen Grundlagen seines inneren zeitlichen und ewigen Glückes zu rauben drohen. In immer wachsender Feindschaft sucht man der Kirche ihre Glieder zu entfremden und unserem Volke das Trugbild eines glücklichen Zeitalters lediglich des Diesseits vorzuhalten, in dem für die Seelsgüter kein Platz mehr sei. Und auch da, wo man sich noch vor diesen letzten Folgen scheut, entkleidet man es seines geoffenbarten und gut beglaubigten göttlichen Inhaltes und weist ihm eine in Bezug auf menschliche Begründung wie inneres Wesen allen anderen Weltreligionen gleiche Stellung an.“

Wohin soll es führen, wenn dieser „Fortschritt“ den letzten Rest des gläubigen Volkes erreicht, daß in seiner Art konsequenter ist als alle Denker? Wie hat der Irr- und Unglaube der Universitäten den Idealismus der Menge untergraben und der Sozialdemokratie die Wege gebahnt! — „Ich buldigte dieser Lehre, so lange sie im Salon ausgesprochen wurde; als sie mir aber die Arbeiter aus der Schule Weillings mit ihren rohen Häuten vor-demonstrieren, eckte mir davor.“ (Heinrich Heine.)

Man will das Christentum weiter verdünnen und verdrängen; deshalb kämpft eine liberale Lehrerschaft Sachsens

für die Beseitigung nicht nur der konfessionellen Schule, sondern jedes konfessionellen Religionsunterrichtes in der Schule, für die Abschaffung eines jeglichen kirchlichen Oberaufsichtsrechtes über den Religionsunterricht durch den Lehrer. Man versucht bereits, in der Schule der heranwachsenden Generation unseres Volkes das Christentum „seines geoffenbarten und gut beglaubigten göttlichen Inhaltes zu entkleiden“. So wird dem Volke die Religion wahrhaftig nicht erhalten! Die Frage um die es sich handelt, ist tiefer Ernst nicht nur für das Christentum, sondern auch für das Vaterland, das liegt in den Worten des Ministers.

Zwar weist der Minister in seiner Rede auch auf helle Richtpunkte hin, vor allem auf das immer mehr zutage tretende „Dürften und Sehnen weiter Kreise nach einem über das Diesseits hinausragende ewige Gute, nach einer Vertiefung und Verinnerlichung des Glaubenslebens, nach einer sittlich-religiösen Erneuerung“. Als einen solchen Lichtblick glaubt er auch die „noch in früher Erinnerung stehende elementare Abwehr gegen jene Veruche“ anzusehen, das, was dem sächsischen Volke doch und heilig sei, „herabzulassen“. — Diese Anspielung auf die Borromäus-Epikylla ist von seinem Standpunkte aus sehr wohl begründlich, aber hier nicht angebracht. Nicht die gläubigen Elemente in der Landeskirche schürten über Gebühr die Protestbewegung, sondern gerade jene liberale Richtung, gegen deren verderblichen Einfluß auf die Landeskirche er so mahnende Worte gesprochen hat. In allen Protestversammlungen herrschte ein liberaler Geist, derselbe, der den „Evangelischen Bund“ gegen die katholische Kirche besetzt, der aber keinen Finger rührt, heißt es, die „Seelsgüter des Christentums“, den „geoffenbarten und gut beglaubigten göttlichen Inhalt“ deselben zu verteidigen.

Darin liegt noch lange keine „hohe Wertschätzung der evangelisch-lutherischen Kirche und der großen Männer, die sie gegründet“, denn die Personen, die die Proteste arrangierten, teilen zum größten Teile die positive Ueberzeugung des Ministers nicht. Und das ist doch keine Wertschätzung eines Luthers, der Christus als unseren Gott festhielt, wenn der moderne Protestantismus darin in Gegensatz zu seinem Gründer tritt und in Christus nur einen höchst weichen Rabbi, einen Mann von echter Gottes- und Menschenliebe, ein Ideal sittlich-vollkommenen Lebens sieht. Wie Luther über Rom herfiel, so sollen die liberalen Protestanten über Luther her, den sie nur noch eine historische, aber keine reformatorische Bedeutung mehr beilegen. Er hat den Ruf der Freiheit erneuert, der seit Beginn der Menschengeschichte in mannichfachen Variationen erschallte; aber man hat seine Botschaft mißbraucht, denn selbst der Sozialdemokrat feiert Luther als Bahnbrecher einer neuen Zeit. Das ist keine „Wertschätzung“ im Sinne der positiv gerichteten evangelisch-lutherischen Landeskirche! Für diese war die Protestbewegung gegen die Borromäus-Epikylla kein Lichtblick, wohl aber ein Augen für den liberalen Protestantismus.

Der oben erwähnte Aufsatz der „Leipz. R. Nachr.“ zitiert folgenden Auspruch von D. Henrici:

„Die Reformationskirche ist die Kirche, die da darlegt, daß das Wort Gottes lebendig und kräftig ist. Sie gründet sich nicht auf Rückstände des Mittelalters, ... sie erstattet sich keine kirchliche Zwangskultur, ... sie stützt sich nicht auf Aberglauben, sie stützt sich nicht auf Sakramentszauber, sie hat sich nicht nach ästhetischer Bewusstseinsrichtungen, sie führt vielmehr zur Heilsgewißheit durch den Glauben an die sündenvergebende Liebe Gottes, die Jesus Christus uns darbietet.“

Es ist bemerkenswert, wie der offenkundige Rückschritt christlichen Lebens, die unaufhaltsame Zersplitterung und Zerlegung innerhalb der Kirche Luthers dem weit- und tiefgläubigen Mittelalter gegenüber als Fortschritt ausgegeben wird. Spielt hier der Fuchs eine Rolle, dem die Trauben zu hoch hängen, oder Verblendung und Unwissenheit in den geschichtlichen Tatsachen aus Vergangenen und Gegenwärtigen? Wir empfehlen dem Leipziger Gelehrten zur Betrachtung Ludwig Feuerbachs bekanntes Distichon:

„Sonst war die Religion, ich gesteh's, die Stütze des Staates;  
Aber jetzt ist der Staat Stütze der Religion.“

Ja, fürwahr, der Kultusminister Dr. Beck sprach seine Worte in der Ueberzeugung, daß dieser Satz in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Wahrheit ist. Wäre es anders, dann sähe es in ihr traurig aus. Und er gab daher die ernste Versicherung:

„Wir aber, die Träger der landesherrlichen Kirchen-gewalt, werden in unserer innersten Gewißheit, daß niemand einen anderen Grund legen kann außer dem, der gelegt ist, Jesus Christus, die Landessynode mit allen Kräften darin unterstützen, daß die ewigen Heilswahrheiten des Christentums nicht verkümmert werden, und daß unserem Volke die Religion und das kostbare Gut

\*) Vergl. Leopold v. Ranke, Weltgeschichte VIII 1 ff. Bei ihm, „dem größten Historiker der deutschen Nation“, kann man sich orientieren, „wie es eigentlich gewesen“.

keines konfessionellen Friedens wie bisher erhalten werde.“

Dier liegt noch ein fester Rückhalt des Positivismus. Die liberale Theologie ist nicht verlegen, wenn sie ihren Auflösungsprozeß wissenschaftlich erklären soll. „Entwickelung, Fortschritt“ ist alles. Das klingt so natürlich und probat, ist zeit- und kulturgemäß, sowie ein wirksames Beruhigungsmittel für Positivisten und jene Genüiter, denen die „großartige religiöse Weibergigkeit“ über die Gutschnur geht.

Es ist bittere Ironie, wenn der Protestantismus in dieser für ihn so bedenklichen Zeit von „unverkennbarem Fortschritte“ spricht. Solche Worte wehen einen eifrig an, fast wie die Freude jener Kranken, die sich ein so wohl fühlen, je mehr es zu Ende geht. Im Vereins- und Gemeinwesen mühen Erfolge zu verzeichnen sein, „weite Kreise dürften und sehnen sich nach einem über das Diesseits hinausragenden ewigen Gute, nach einer Vertiefung und Verinnerlichung“, — aber was will das sagen im Hinblick auf die Fälle, wo des Glaubens Vertreter — Vertreter an dem „geoffenbarten und gut beglaubigten göttlichen Inhalte des Christentums“ werden!

Die Zukunft liegt gemitterfaher vor uns. Das Vaterland und sein Christentum geht hangen Krisen entgegen, Der Herr behüte uns in Gnaden!

Thron und Altar stehen auf Gottes Kirche, stehen aber fest nur, wenn diese ist und bleibt „eine Säule und Grundfeste der Wahrheit“.

### Polnische Rundschau.

Dresden, den 22. September 1911.

— Der Kaiser trifft am 11. November zur Rekrutenberechtigung in Kiel ein und nimmt am 12. November an der Einweihung des neuen Kieler Rathauses teil. Seine Abreise erfolgt am 12. November abends.

— Das Befinden des Prinzregenten Knitpold hat sich seit einigen Tagen leider wieder verschlimmert, so daß die Teilnahme des Regenten am Oktoberfeste abgesehen wurde. Der Hofbericht spricht von rheumatischen Beschwerden, die infolge des wöchentlichen Witterungswechsels stärker aufgetreten seien. Verschiedene Umstände lassen aber darauf schließen, daß es sich um etwas Ernteres handelt.

— Der Reichstag wird, wie die „Germania“ erfährt, am Dienstag, den 17. Oktober, seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. Der letzte Sessionsabschnitt dürfte etwa bis 10. Dezember dauern. Alsdann soll der Reichstag formell aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden, für die der 15. Januar n. J. als Wahltag vorgesehen ist. Den Reichstag erwartet bei dieser Herbsttagung noch große und zahlreiche Aufgaben. Wichtige Gesetze sollen noch verabschiedet werden. Da ist zunächst das Pensionsversicherungs-gesetz für Privatbeamte, dessen Erledigung von den Beteiligten lebhaft gewünscht wird. Da ist die Strafprozessreform, bei deren Beratung in der Kommission schon erhebliche grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten auftraten. Da ist die Schiffsabgabenvorlage, die starke Gegensätze zwischen dem Norden und dem Süden hervorgerufen hat und sogar vom Auslande her bekämpft wird. Da ist das Hausarbeiter-gesetz, bei dem besonders die Frage der Lohnarmer Schwierigkeiten begegnet. Die Handelsvorlage mit England muß erledigt werden. Zahlreiche Interpellationen sind bereits angemeldet, wie die über Marocco. Andere Interpellationen, zum Beispiel über die Teuerung, über eine Neueinteilung der Wahlkreise und über einheitliche Wahlurnen, stehen in sicherer Aussicht. Neue Vorlagen der Regierung werden diesem Reichstage nicht mehr unterbreitet werden.

— Das Reisekostengesetz für Kolonialbeamte wird soeben im Reichsanzeiger publiziert. Es schließt sich an die Ordnung der Reisekosten im Reich an. Bestimmt aber für Seereisen: „Bei der Ausreise, bei der Heimreise und bei Verlegungen zwischen Seebahnhöfen ist für diejenigen Belegten, die auf Seeschiffen zurückgekehrt werden, an Stelle der geschlichen Tagelöhne und Fuhrkosten eine noch näherer Bestimmung des Reichsanzeigers schauende, dem durchschnittlichen Aufwand anzupassende Pauschalvergütung zu gewähren.“

— Zum Wahlergebnis in Düsseldorf. Die sozialdemokratische Parteileitung in Düsseldorf beanstandete die Gültigkeit der für Dr. Breitscheid abgegebenen Wahlzettel, da auf diesen die Angabe des Wohnortes des im Wahlbezirk Düsseldorf nicht anässigen Kandidaten fehlt. Nach den bestehenden Bestimmungen ist erforderlich, daß die Persönlichkeit des Kandidaten unzweifelhaft aus dem Stimmzettel hervorgeht. (Am § 19 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag heißt es: „Ungültig sind Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.“) Aber es besteht wenig Aussicht, daß die Ungültigkeitserklärung noch vor der Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses erfolgt. Es liegt dazu aber kein Grund vor, denn der Kandidat war sehr genau zu erkennen, da Dr. Breitscheid eine Marität ist und es nicht zwei Stück dieser Stellung gibt. Würden die für Dr. Breitscheid abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt, so wäre der sozialdemokratische Kandidat